

Netzwerk **Kinderrechte** Schweiz  
Réseau suisse des **droits de l'enfant**  
Rete svizzera **diritti del bambino**  
**Child Rights** Network Switzerland

## Kinderrechte im Parlament – Vorschau auf die Herbstsession 2016

Im **Nationalrat** sind aus kinderrechtlicher Sicht verschiedene Vorstösse zu erwähnen: Die parlamentarische Initiative Marra „[Die Schweiz muss ihre Kinder anerkennen](#)“ verfolgt das Ziel, dass Ausländer der dritten Generation in der Schweiz zukünftig auf Antrag der Eltern oder der betroffenen Personen selbst eingebürgert werden. Der Nationalrat berät in dieser Session die Differenzen zum Ständerat betreffend die exakte Definition der „dritten Generation“. Der Ständerat möchte den Kreis jener, die dazu zählen, stärker eingrenzen als der Nationalrat. Weiter zu erwähnen ist die parlamentarische Initiative Amherd „[Schaffung eines Kompetenzzentrums für die Förderung der Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen](#)“. Die Vorlage will, dass der Bund ein Kompetenzzentrum für den Kinder- und Jugendmedienschutz schafft, in das die Kantone, die Wirtschaft und die einschlägigen privaten Institutionen eingebunden sind. Die nationalrätliche Bildungskommission (WBK-NR) gab der Vorlage keine Folge (13 zu 10 Stimmen bei einer Enthaltung). Ebenfalls von Interesse ist die Debatte zur Motion Bulliard-Marbach „[Unabhängige Ombudsstelle für die Rechte des Kindes](#)“. Damit wird der Bundesrat beauftragt, eine Ombudsstelle für die Rechte des Kindes zu schaffen. Diese Ombudsstelle soll unabhängig, für Kinder zugänglich und befugt sein, Beschwerden über die Verletzung von Kinderrechten entgegenzunehmen, diese in kindergerechter Art und Weise zu prüfen und wirksam zu verfolgen. Diese unabhängige eidgenössische Stelle soll die Empfehlungen, die der UN-Kinderrechtsausschuss der Schweiz abgegeben hat, umsetzen. Der Bundesrat empfiehlt die Ablehnung der Vorlage, der Nationalrat berät die Vorlage als Erstrat. Schliesslich ist in dieser Session auch die Familienpolitik ein Thema: Die parlamentarische Initiative Quadranti „[Eine umfassende, ganzheitliche Lösung als Ergänzung zum bestehenden Mutterschaftsurlaub](#)“ fordert den Bundesrat auf, eine gesetzliche Grundlage für einen zum Mutterschaftsurlaub zusätzlichen 14-wöchigen Elternurlaub zu schaffen. Die nationalrätliche Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK-NR) gab der Vorlage jedoch keine Folge. Ebenfalls die Schaffung eines Elternurlaubs fordert die Motion Trede „[Elternurlaub](#)“, die den Bundesrat beauftragt, einen Gesetzesentwurf für einen insgesamt 18-monatigen Elternurlaub zu schaffen. Schliesslich fordert eine weitere Motion die Schaffung eines [Staatssekretariats für Familie](#) sowie [höhere steuerliche Abzüge für die familienergänzende Kinderbetreuung](#).

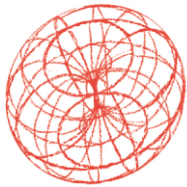
Im **Ständerat** ist aus Sicht der Kinderrechte besonders die Behandlung der bundesrätlichen Vorlage zur [Genehmigung des dritten Fakultativprotokolls zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes](#) (UN-Kinderrechtskonvention). Dieses sieht v.a. ein Mitteilungsverfahren vor, mit dessen Hilfe Einzelpersonen nach Ausschöpfung des innerstaatlichen Instanzenzuges Verletzungen der UN-Kinderrechtskonvention vor dem UN-Kinderrechtsausschuss geltend machen können. Weiter berät der Ständerat die [Vorlage zur Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches](#) (ZGB; Kindeschutz), welche die Bestimmungen zur Meldepflicht national vereinheitlichen und bei Verdacht auf Gefährdung des Kindeswohls die Meldepflicht auf Fachpersonen, die regelmässig mit Kindern arbeiten, ausweiten will. Der Nationalrat hat die Vorlage bereits beraten und ist nicht auf sie eingetreten. [Kinderschutz Schweiz](#) hat sich dazu in der Vernehmlassung geäussert und sich für eine nationale Vereinheitlichung ausgesprochen ([Vernehmlassungsantwort](#)).

Die Sessionsprogramme und Tagesordnungen der Eidgenössischen Räte können noch Änderungen erfahren und sind unter folgenden Links abrufbar:

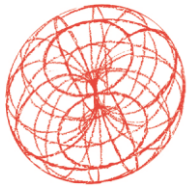
[Nationalrat](#) | [Ständerat](#)



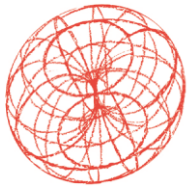
Datum	Nationalrat	Ständerat
12.09.2016	-	<p><b>16.025 (Geschäft des Bundesrats): Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2017-2020.</b></p> <p>Für die Umsetzung der verschiedenen Fördermassnahmen in den Bereichen Bildung, Forschung und Innovation beantragt der Bundesrat rund 26 Milliarden Franken für vier Jahre. Gleichzeitig legt er dem Parlament fünf Gesetzesrevisionen und ein neues Gesetz zur Genehmigung vor. Aus Sicht der Kinderrechte relevant sind dabei vor allem die Gesetze über die Berufsbildung, die Finanzierung der Berufs- und Weiterbildung sowie das Bundesgesetz über die Zusammenarbeit des Bundes mit den Kantonen im Bildungsraum Schweiz.</p> <p>Der Ständerat berät die Entwürfe 1-16.</p>
13.09.2016	<p><b>08.432 (Parlamentarische Initiative Marra): Die Schweiz muss ihre Kinder anerkennen.</b></p> <p>Der Vorstoss verfolgt das Ziel, dass die Ausländer der dritten Generation in der Schweiz zukünftig auf Antrag der Eltern oder der betroffenen Personen selbst eingebürgert werden. Der Nationalrat hat sich im letzten Jahr für eine entsprechende Änderung der Bundesverfassung und des Bürgerrechtsgesetzes ausgesprochen. Der Ständerat hat von der Kommission einen neuen Entwurf für die Vorlage gewünscht und dieser im Herbst zugestimmt. Der Nationalrat berät in dieser Session die Differenzen zum Ständerat betreffend die exakte Definition der „dritten Generation“. Der Ständerat möchte den Kreis jener, die dazu zählen, stärker eingrenzen als der Nationalrat.</p>	<p><b>16.025 (Geschäft des Bundesrats): Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2017-2020.</b></p> <p>(Fortsetzung vom 12.09.2016). Für die Umsetzung der verschiedenen Fördermassnahmen in den Bereichen Bildung, Forschung und Innovation beantragt der Bundesrat rund 26 Milliarden Franken für vier Jahre. Gleichzeitig legt er dem Parlament fünf Gesetzesrevisionen und ein neues Gesetz zur Genehmigung vor. Aus Sicht der Kinderrechte relevant sind dabei vor allem die Gesetze über die Berufsbildung, die Finanzierung der Berufs- und Weiterbildung sowie das Bundesgesetz über die Zusammenarbeit des Bundes mit den Kantonen im Bildungsraum Schweiz.</p> <p>Der Ständerat berät die Entwürfe 1-16.</p>



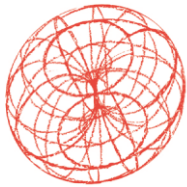
Datum	Nationalrat	Ständerat
13.09.2016	<p><b>Behandlung parlamentarischer Initiativen (Die Behandlung Initiativen wird an den folgenden Daten fortgesetzt: 14./15./21./27./29. September).</b></p> <p><b><u>15.458</u> (Parlamentarische Initiative Quadranti): Eine umfassende, ganzheitliche Lösung als Ergänzung zum bestehenden Mutterschaftsurlaub.</b> Damit wird der Bundesrat beauftragt, eine gesetzliche Grundlage für einen, zum Mutterschaftsurlaub zusätzlichen 14-wöchigen Elternurlaub zu schaffen. Es soll festgelegt werden, zu welchen Teilen dieser vom Vater bezogen werden kann/muss und unter welchen Bedingungen. Gesamthaft ergibt sich eine Elternzeit von maximal 28 Wochen. Die nationalrätliche Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK-NR) gibt der Vorlage keine Folge. Der Nationalrat berät die Vorlage als Erstrat.</p> <p><b><u>15.466</u> (Parlamentarische Initiative Amherd): Schaffung eines Kompetenzzentrums für die Förderung der Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen.</b> Die Vorlage will, dass der Bund ein Kompetenzzentrum für den Kinder- und Jugendmedienschutz schafft, in das die Kantone, die Wirtschaft und die einschlägigen privaten Institutionen eingebunden sind. Zu seinen Aufgaben gehören insbesondere: die Koordination und der Informationsaustausch im gesamten Bereich des Kinder- und Jugendmedienschutzes, die Durchführung von Präventions- und Informationsprogrammen, die Beratung von Programmleitenden, Eltern und Erziehungsberechtigten usw., die Vertretung der schweizerischen Anliegen in der internationalen Zusammenarbeit; und das Monitoring und die weitere Forschungstätigkeit auf dem Gebiet der Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen. Die vorberatende Bildungskommission des Nationalrats (WBK-NR) gibt der Vorlage keine Folge (13 zu 10 Stimmen bei einer Enthaltung). Der Nationalrat berät die Vorlage als Erstrat.</p>	



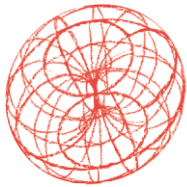
Datum	Nationalrat	Ständerat
14.09.2016	<p><b><a href="#">14.3754</a> (Motion Fraktion SVP): Kindes- und Erwachsenenschutz. Anpassung.</b>            Der Bundesrat wird beauftragt, die Anpassung der gesetzlichen Grundlagen, insbesondere von Artikel 440 ZGB, einzuleiten, sodass die Mitsprache der Gemeinden im Bereich des Kindes- und Erwachsenenschutzes gewährleistet ist. Im Rahmen der Gemeindeautonomie soll die sogenannte Professionalisierung und Zentralisierung im Vormundschaftswesen gebremst oder rückgängig gemacht werden können. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Vorlage, der Nationalrat behandelt den Vorstoss als Erstrat.</p> <p><b><a href="#">14.3962</a> (Postulat Müller) Internationale Amtshilfe bei Straftaten gegen Kinder im Internet verbessern.</b>            Der Bundesrat wird beauftragt, in einem Bericht die Situation der internationalen Amtshilfe im Bereich der Internetkriminalität darzulegen. Der Bundesrat empfiehlt die Ablehnung der Vorlage, der Nationalrat berät die Vorlage als Erstrat.</p>	<p><b><a href="#">16.3494</a> (Motion Maury Pasquier): Prämien für die obligatorische Krankenversicherung. Höchstens 10 Prozent des Haushaltsbudgets!</b>            Der Bundesrat wird mit dieser Vorlage beauftragt, das Krankenversicherungsgesetz und allenfalls weitere Gesetzesgrundlagen dahingehend zu ändern, dass kein Haushalt mehr als 10 Prozent seines Bruttoeinkommens für Prämien der obligatorischen Krankenversicherung aufwenden muss. Insbesondere Familien mit Kindern wenden heute bis über 20% des Haushaltseinkommens dafür auf. Der Ständerat behandelt die Vorlage als Erstrat.</p>
15.09.2016	<p><b><a href="#">16.025</a> (Geschäft des Bundesrats): Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2017-2020.</b>            Für die Umsetzung der verschiedenen Fördermassnahmen in den Bereichen Bildung, Forschung und Innovation beantragt der Bundesrat rund 26 Milliarden Franken für vier Jahre. Gleichzeitig legt er dem Parlament fünf Gesetzesrevisionen und ein neues Gesetz zur Genehmigung vor. Aus Sicht der Kinderrechte relevant sind dabei vor allem die Gesetze über die Berufsbildung, die Finanzierung der Berufs- und Weiterbildung sowie das Bundesgesetz über die Zusammenarbeit des Bundes mit den Kantonen im Bildungsraum Schweiz. Der Nationalrat berät die Differenzen zum Ständerat.</p>	<p><b><a href="#">08.432</a> (Parlamentarische Initiative Marra): Die Schweiz muss ihre Kinder anerkennen.</b>            Der Vorstoss verfolgt das Ziel, dass die Ausländer der dritten Generation in der Schweiz zukünftig auf Antrag der Eltern oder der betroffenen Personen selbst eingebürgert werden. Der Nationalrat hat sich im letzten Jahr für eine entsprechende Änderung der Bundesverfassung und des Bürgerrechtsgesetzes ausgesprochen. Der Ständerat hat von der Kommission einen neuen Entwurf für die Vorlage gewünscht und dieser im Herbst zugestimmt. Der Ständerat berät allenfalls bestehende Differenzen zum Nationalrat betreffend die exakte Definition der „dritten Generation“. Der Ständerat möchte den Kreis jener, die dazu zählen, stärker eingrenzen als der Nationalrat.</p>



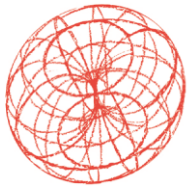
Datum	Nationalrat	Ständerat
15.09.2016	<p><b><a href="#">14.3731</a> (Postulat Munz): Erfolgsquote bei Lehrabschlussprüfungen erhöhen.</b> Der Bundesrat wird beauftragt, einen Bericht zu erstellen, der Aufschluss gibt über die Erfolgsquote bei Qualifikationsverfahren nach Beruf und Kanton. Ursachen für tiefe Erfolgsquoten sollen analysiert und Massnahmen zur Verbesserung vorgeschlagen werden. Der Bundesrat empfiehlt die Ablehnung der Vorlage, der Nationalrat berät die Vorlage als Erstrat.</p>	<p><b><a href="#">15.082</a> (Geschäft des Bundesrates): Wiedergutmachung für Verdingkinder und Opfer fürsorgerischer Zwangsmassnahmen (Wiedergutmachungsinitiative). Volksinitiative und indirekter Gegenvorschlag.</b> Der Bundesrat legt dem Parlament einen indirekten Gegenvorschlag zur Wiedergutmachungsinitiative (<a href="#">15.082</a>) vor. Der Nationalrat hat diesem bereits zugestimmt, der Ständerat befasst sich in dieser Session zum ersten Mal mit der Vorlage. Im Gegensatz zur Initiative stehen mit dem Gegenvorschlag 300 statt 500 Millionen CHF für die Entschädigung der Opfer von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen zur Verfügung.</p>
19.09.2016	<p><b><a href="#">14.3955</a> (Motion Fathi): Erhöhung des Abzuges für die Fremdbetreuung von Kindern auf 24000 Franken.</b> Der Bundesrat wird beauftragt, dem Parlament Anpassungen des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer vorzulegen, die zu einer Erhöhung des maximalen Abzuges für die Drittbetreuung von Kindern von heute 10'000 Franken auf 24'000 Franken pro Kind führen. Der Bundesrat empfiehlt die Ablehnung, der Nationalrat berät die Vorlage als Erstrat.</p> <p><b><a href="#">14.3758</a> (Motion Bulliard-Marbach): Unabhängige Ombudsstelle für die Rechte des Kindes.</b> Der Bundesrat wird beauftragt, eine Ombudsstelle für die Rechte des Kindes zu schaffen. Diese Ombudsstelle soll unabhängig, für Kinder zugänglich und befugt sein, Beschwerden über die Verletzung von Kinderrechten entgegenzunehmen, diese in kindergerechter Art und Weise zu prüfen und wirksam zu verfolgen. Diese unabhängige eidgenössische Stelle soll die Empfehlungen, die der UN-Kinderrechtsausschuss der Schweiz abgegeben hat, umsetzen. Die Ombudsstelle kann gegebenenfalls in eine analoge Stelle für den Schutz der Menschenrechte im Allgemeinen integriert werden. Der Bundesrat empfiehlt die Ablehnung der Vorlage, der Nationalrat berät die Vorlage als Erstrat.</p>	-



Datum	Nationalrat	Ständerat
19.09.2016	<p><b><a href="#">14.3766</a> (Motion Amherd): Förderung des Projekts „Schulen nach Bern“.</b> Der Bundesrat wird beauftragt, das Projekt "Schulen nach Bern" als ausserschulisches und förderungswürdiges Projekt im Sinne von Artikel 10 des Kinder- und Jugendförderungsgesetzes (KJFG) einzustufen und eine finanzielle Unterstützung für die Fortführung des Projektes zu gewähren. Der Bundesrat empfiehlt die Ablehnung der Vorlage, der Nationalrat berät die Vorlage als Erstrat.</p> <p><b><a href="#">14.3799</a> (Motion Frehner): Vaterschaftstest ohne Einwilligung der Mutter.</b> Mit dieser Vorlage wird der Bundesrat beauftragt, dem Parlament eine Gesetzesänderung zu unterbreiten, welche Vaterschaftstests für Väter auch ohne Einwilligung der Mutter möglich macht. Der Bundesrat empfiehlt die Ablehnung der Vorlage, der Nationalrat berät die Vorlage als Erstrat.</p> <p><b><a href="#">14.3949</a> (Motion Trede): 50 Millionen Franken für Sprach-austauschprogramme.</b> Der Bundesrat wird beauftragt, 50 Millionen Franken für Austauschprogramme von Schülerinnen und Schülern, Studentinnen und Studenten, Lernenden und Lehrpersonen zwischen den verschiedenen Sprachregionen der Schweiz bereitzustellen. Der Bundesrat empfiehlt die Ablehnung der Vorlage, der Nationalrat berät die Vorlage als Erstrat.</p>	



Datum	Nationalrat	Ständerat
19.09.2016	<p><b><u>14.4134</u> (Motion Pezzatti): Fortschritt statt Bürokratie bei den Ausbildungszulagen.</b> Der Bundesrat wird beauftragt, dem Parlament die gesetzliche Grundlage für ein Ausbildungsbestätigungsregister zu unterbreiten. Das Register soll an das bereits bestehende Familienzulagenregister gekoppelt sein. Ziele sind, dank elektronischer Datenübermittlung, der Abbau unnötiger und aufwendiger bürokratischer Prozesse und die Missbrauchsbekämpfung. Bildungsinstitutionen (Berufsfachschulen, Hoch- und Mittelschulen) sollen dem Register Anspruchsberechtigte automatisch melden. Weiter ist zu prüfen, inwiefern andere Sozialversicherungen, welche Ausbildungsbeiträge finanzieren, auf das Register zurückgreifen können (insbesondere, AHV, zweite Säule, IV und Unfallversicherungen). Der Bundesrat empfiehlt die Ablehnung der Vorlage, der Nationalrat berät die Vorlage als Erstrat.</p> <p><b><u>14.4161</u> (Motion Trede): Elternurlaub.</b> Der Bundesrat wird beauftragt, einen Gesetzentwurf für eine Elternzeit von 18 Monaten - wovon mindestens sechs Monate vom Vater bezogen werden sollen - vorzulegen. Der Bundesrat empfiehlt die Ablehnung der Vorlage, der Nationalrat berät die Vorlage als Erstrat.</p> <p><b><u>14.4252</u> (Motion Trede): Staatssekretariat für Familie.</b> Die Vorlage beauftragt den Bundesrat, ein Staatssekretariat für Familie zu schaffen. Der Bundesrat empfiehlt die Ablehnung der Vorlage, der Nationalrat berät die Vorlage als Erstrat.</p>	
20.09.2016	<p><b><u>15.4016</u> (Motion Gmür): Zeltplätze der Jugendorganisationen. Bessere Rahmenbedingungen.</b> Der Bundesrat wird beauftragt, die rechtlichen Grundlagen zu schaffen, damit Jugendorganisationen ungenutzte Schiess- und Übungsplätze der Armee vereinfacht erwerben können. Der Bundesrat empfiehlt die Ablehnung der Vorlage, der Nationalrat berät die Vorlage als Erstrat.</p>	-



Datum	Nationalrat	Ständerat
29.09.2016	-	<p><b><u>15.085</u> (Geschäft des Bundesrats): Fakultativprotokoll von 2011 zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes. Genehmigung.</b></p> <p>Der Bundesrat unterbereitet dem Parlament die gesetzliche Vorlage zur Genehmigung des dritten Fakultativprotokolls zur UNO-Kinderrechtskonvention. Dieses sieht v.a. ein Mitteilungsverfahren vor, mit dessen Hilfe Einzelpersonen nach Ausschöpfung des innerstaatlichen Instanzenzuges Verletzungen der UN-Kinderrechtskonvention vor dem UN-Kinderrechtsausschuss geltend machen können. Das Fakultativprotokoll beinhaltet ausserdem ein zwischenstaatliches Mitteilungsverfahren und ein Untersuchungsverfahren. Durch Letzteres kann der UN-Kinderrechtsausschuss Fälle schwerwiegender oder systematischer Verletzungen der UN-KRK oder der Fakultativprotokolle von sich aus zu untersuchen, sofern der betroffene Vertragsstaat dies nicht ausgeschlossen hat. Die Auffassungen des Ausschusses in diesen Verfahren sind rechtlich nicht verbindlich und können durch Empfehlungen zu ihrer Umsetzung ergänzt werden. Der Ständerat behandelt die Vorlage als Erstrat.</p> <p><b><u>15.033</u> (Geschäft des Bundesrats): ZGB: Kinderschutz.</b></p> <p>Der Ständerat berät erstmals die Vorlage zur Änderungen des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (ZGB; Kinderschutz), welche die Bestimmungen zur Meldepflicht national vereinheitlichen und bei Verdacht auf Gefährdung des Kindeswohls die Meldepflicht auf Fachpersonen, die regelmässig mit Kindern arbeiten, ausweiten will. Der Nationalrat hat die Vorlage bereits beraten und ist nicht auf die Vorlage eingetreten. Kinderschutz Schweiz hat sich dazu in der Vernehmlassung geäussert und sich für eine nationale Vereinheitlichung ausgesprochen (<a href="#">Vernehmlassungsantwort</a>).</p>





Datum	Nationalrat	Ständerat
30.09.2016	<p><b><u>08.428</u> (Parlamentarische Initiative Müller): Kein Familiennachzug bei Bezug von Ergänzungsleistungen und <u>10.485</u> (Parlamentarische Initiative Müller): Vereinheitlichung beim Familiennachzug.</b></p> <p>Die Vorlagen verlangen eine Anpassung des Ausländergesetzes damit der Bezug von Ergänzungsleistungen und von Sozialhilfe für die Beurteilung des Rechts auf Familiennachzug vereinheitlicht wird. Der Nationalrat berät über die Abschreibung dieser Vorlagen.</p> <p><b>Bekämpfte und nicht bekämpfte Vorstösse, die in einem beschleunigten Verfahren behandelt werden (<a href="#">vgl. Liste aus dem Sessionsprogramm</a>).</b></p> <p>Auf die wichtigsten Geschäfte wird in der Sessionsrückschau eingegangen.</p> <p><b>Schlussabstimmungen.</b></p>	<p><b>Schlussabstimmungen.</b></p>